

INHALT

1. **Gesammelte Opposition gegen Wahlfreiheit der Familien in der Kindererziehung**
2. **Beförderungstau bei der Polizei aufgelöst**
3. **Koalition will Automatenglücksspiel eindämmen**
4. **LINKE mit Gesetzentwurf für kostenfreie Schülerbeförderung allein auf weiter Flur**
5. **Nord-SPD will unregulierten Glücksspielmarkt aufrechterhalten und Soziallotterien schwächen**

16.11.2011

Gesammelte Opposition gegen Wahlfreiheit der Familien in der Kindererziehung Maßnahmenpaket des Bundes hilft den Menschen in Schleswig-Holstein

In einer „aktuellen Stunde“ über die Auswirkungen des in der vergangenen Woche beschlossenen Maßnahmenpaketes des Bundes hob CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dessen Bedeutung für die Menschen in Schleswig-Holstein hervor.

Das Maßnahmenpaket der Koalition in Berlin enthält fünf gute Botschaften auch für Schleswig-Holstein:

1. Der Arbeitsmarkt für ausländische Hochqualifizierte wird gestärkt.
2. Die Leistung der Pflegeversicherung wird erweitert, damit stehen wir insbesondere Demenzkranken und ihren Angehörigen zur Seite.
3. Die Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren stärkt Familien und deren Wahlfreiheit, ob sie ihre Kinder in die KiTa geben oder zu Hause erziehen wollen.
4. Der Bund stellt eine Milliarde Euro zusätzlich für Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Dadurch kann die neue Schleuse in Brunsbüttel gebaut werden. Dies ist der Verdienst von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Wirtschaftsminister Jost de Jager und unserer CDU-Bundestagsgruppe.
5. Und wir sorgen für mehr Steuergerechtigkeit gerade für kleine und mittlere Einkommen.

Callsen betonte, die Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit setzten eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes um und entlasteten vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Mit Blick auf die Ablehnung der Opposition erklärte der CDU-Fraktionschef. „Ich frage mich: Wie kommen eigentlich SPD und Grüne dazu, den Menschen die vom Verfassungsgericht gebotene Anhebung des Grundfreibetrages für das Existenzminimum zu verweigern?“

Während der Debatte wurde der Unterschied im Menschen- und Familienbild zwischen den Koalitionsfraktionen und der versammelten Opposition besonders deutlich. So bezeichnete SPD-Fraktionschef Stegner das Betreuungsgeld als eine „KiTa-Fernhalteprämie“. Und die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen fragte: „Haben Sie schon mal was davon gehört, dass Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen sind?“

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen konterte umgehend: „Die heutigen Vorwürfe von Grünen und SPD, wir würden KiTas nicht als Bildungseinrichtungen sehen, sind grotesk. Wir waren es, die den Bildungsauftrag der KiTas nach der Regierungsübernahme 2005 ins Gesetz gebracht haben“. Franzen machte deutlich, dass diese zentrale bildungspolitische Notwendigkeit zuvor von der rot/grünen Landesregierung vernachlässigt wurde. „Wir trauen Familien insbesondere in den ersten Lebensjahren zu, ihre Kinder selbst zu bilden und zu erziehen. Die Aggressivität, mit der dies von der Opposition heute zurück gewiesen wurde, empört mich. Ganz offensichtlich wollen die Oppositionsfraktionen die alte SPD-Forderung nach der Lufthoheit über den Kinderbetten gemeinsam umsetzen“, so Franzen abschließend.



Johannes Callsen, MdL

Beförderungstau bei der Polizei aufgelöst Keine Reduzierungen im Stellenplan der Polizei bis 2015

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag berichtete Innenminister Klaus Schlie (CDU) heute (16. November 2011) über die Umsetzung des Personalstrukturkonzeptes.

Deutlich wurde, dass in der Landespolizei bei rund 8.500 Polizeibeamten und Verwaltungsmitarbeitern in den vergangenen sechs Jahren 4.400 Beförderungen ausgesprochen wurden: Allein 2011/12 gab es trotz Schuldenbremse rund 1.300 Beförderungsmöglichkeiten. In den Jahren 2006 – 2010 nach der CDU-Regierungsübernahme waren es rund 3.100 Beförderungen.

„4400 Beförderungen sind bei 8500 Stellen mehr als 50 Prozent der Stellen in sechs Jahren. Das kann sich sehen lassen“, sagte dazu der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, in der Plenardebatte.

Dem „Beförderungstau“, so Kalinka, sei wirkungsvoll entgegen getreten worden. 2011/2012 gebe es zudem keine personellen Einsparungen bei der Polizei. Im Polizeivollzug werde es auch in den nächsten Jahren keine Stellenreduzierungen geben. Kalinka weiter: „Dies sind klare

Signale an die Polizei für mehr Sicherheit. Die Polizeibeamten haben im Land Schleswig-Holstein einen verlässlichen Partner.“

Darüber hinaus sei klar geregelt, dass mit 57 Jahren kein Polizeibeamter mehr in den Schichtdienst müsse. Gleichwohl gebe es einige Punkte, die noch der besonderen Aufmerksamkeit bedürften: Beispielsweise müsse der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte begegnet werden; die Frage, ob alle Planstellenzuordnungen innerhalb der Polizei „gerecht“ verteilt seien, müsse geprüft werden; auch müsse man sich der hohen Nacht- und Schichtdienstbelastungen annehmen.

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1900.pdf>

Die entsprechende Pressemitteilung des Innenministeriums finden Sie unter:

http://schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2011/111116_im_personalstrukturkonzept.html



Werner Kalinka, MdL

Koalition will Automatenglücksspiel eindämmen Spielhallengesetz bedeutet deutlichen Fortschritt im Spielerschutz

Als viertes Land nach Hessen, Berlin und Bremen wird Schleswig-Holstein ein Gesetz zur Errichtung und dem Betrieb von Spielhallen beschließen. Von diesen – nicht den Glücksspielgesetzen der Länder unterliegenden - Hallen mit Geldspielautomaten gibt es in Schleswig-Holstein derzeit rund 520. Schleswig-Holstein hat damit, gemessen an seiner Einwohnerzahl, eine im Bundesvergleich überdurchschnittliche Automatendichte. Fachleute sind sich einig, dass das Automatenspiel mit die höchste Suchtgefahr beinhaltet. Für die CDU-Fraktion stellte Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen fest: „Bis heute ist es nicht in ausreichendem Maße gelungen, das suchtrelevante Automatenglücksspiel in den Spielhallen in Schleswig-Holstein auf eine solide gesetzliche Grundlage zu stellen.“

Es gehe darum, die „schwarzen Schafe“ unter den Anbietern zu bekämpfen, nicht jedoch, die Mehrzahl korrekt arbeitender Betreiber unter Generalverdacht zu stellen. Der Wirtschaftsexperte betonte, dass es in der Branche um etwa 3000 Arbeitsplätze gehe. Ziel müsse es deshalb sein, die wirtschaftlichen Interessen der Automatenwirtschaft mit den Erfordernissen der Suchtprävention in Einklang zu bringen.

„Für die CDU ist es von besonderer Bedeutung, dass wir diesem Wirtschaftszweig geordnete

und maßvolle Kriterien geben“, betonte Magnussen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Künftig in der Nähe von Kinder- und Jugendeinrichtungen keine neuen Spielhallen mehr gebaut werden. Es wird ein Mindestabstand von 300 Metern vorgeschlagen. Zudem sollen große Spielhallenkomplexe mit zwei und mehr Hallen nach einer Übergangszeit von fünf Jahren geschlossen werden. Geplant ist, dass die bislang üblichen Mehrfachkonzessionen dann auslaufen. Auch werden nächtliche Sperrzeiten von 3.00 bis 10.00 Uhr morgens festgelegt. Eine Ausweispflicht und umfangreiche Werbeverbote sollen verhindern, dass Jugendliche angelockt werden.

Den Gesetzentwurf finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1934.pdf>



Jens-Christian Magnussen, MdL

LINKE mit Gesetzentwurf für kostenfreie Schülerbeförderung allein auf weiter Flur Auch SPD, Grüne und SSW stimmen dagegen

Obwohl die Fraktion der LINKEN sich bereits im Bildungsausschuss von allen anderen Landtagsfraktionen eine eindeutige Abfuhr geholt hatte, bestand sie heute auf einer Debatte ihres Gesetzentwurfes für eine kostenfreie Schülerbeförderung. Kernpunkt: Die Linken wollten, dass das Land sämtliche Kosten für die Schülerbeförderung übernimmt, also für Schüler bis zur zehnten Klasse wie auch für Oberstufen- und Berufsschüler. Einen Finanzierungsvorschlag legte die LINKE nicht vor.

„Nach dem Eindruck meiner Fraktion fehlt es dem Gesetzentwurf an Ernsthaftigkeit“, erklärte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen. So sehe er vor, dass das Land im wahrsten Sinne des Wortes „von heute auf morgen“ die Kosten übernehmen solle.

Im Übrigen fehle es neben den haushaltsrechtlichen Grundlagen am Geld, um kurzfristig die erforderlichen zweistelligen Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen.

“Wie wollen Sie denn denjenigen, die uns Jahr für Jahr eine Konsolidierungshilfe in Höhe von 80 Mio. Euro überweisen, Ihren Gesetzentwurf erklären?“, fragte Franzen. Denn der Antrag führe keineswegs zur vorgegebenen „kostenfreien Schülerbeförderung“. Franzen: „Kosten entstehen auf jeden Fall, die Frage ist nur, wer sie trägt“.

Die Bildungsexpertin bezeichnete es als durchaus angemessen, dass die Eltern zumindest eine Mitverantwortung dafür tragen, dass ihre Kinder morgens zur Schule kommen. Zweitens sprach sie sich dagegen aus, mehrere Millionen Euro für die Beförderungskosten von Kindern auszugeben, deren Eltern diese sehr gut selbst tragen könnten? Auch sehe der Gesetzentwurf für Kinder, die Schulen freier Träger besuchen, keine Kostenübernahme vor. „Diese Kinder werden also auch noch schlechter behandelt“, begründete Franzen die Ablehnung der CDU-Fraktion abschließend.

Den Gesetzentwurf der LINKEN finden Sie unter

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1715.pdf>

Die Berichts- und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses finden Sie unter

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1941.pdf>



Heike Franzen, MdB

Nord-SPD will unregulierten Glücksspielmarkt aufrechterhalten und Soziallotterien schwächen CDU und FDP setzen weiter auf europarechtskonformes Glücksspielgesetz

Auf Antrag der SPD wurde in der heutigen Plenartagung noch einmal über die Neuordnung des Glücksspiels debattiert. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, arbeitete dabei die zentralen Unterschiede zwischen der Position Schleswig-Holsteins und derjenigen der anderen 15 Bundesländer heraus:

„Die anderen 15 Bundesländer halten im Gegensatz zu uns für das Lotteriemonopol an der Suchtbegründung fest“, betonte Arp. Dies habe – wie bereits rechtskräftige Gerichtsurteile eindeutig festgestellt hätten – zwingend ein Verbot der Werbung für Lotto 6 aus 49 und weitere Soziallotterien zur Folge:

„Das bedeutet, dass die Länderhaushalte und die durch die Lotterieabgabe finanzierten sozialen Projekte massive finanzielle Einbußen erleiden würden. Und das, obwohl die Suchtbegründung bei Lotterien keiner wissenschaftlicher Betrachtung standhält“, so Arp. Schleswig-Holstein setzt im Gegensatz dazu auf die als Monopolbegründung bewährte hohe Manipulationsgefahr bei Lottereausspielungen.

Weiterhin wollten die 15 Bundesländer die Anzahl der Casinos deutlich begrenzen, was zu einer Schließung schleswig-holsteinischer Einrichtungen und damit dem Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.

Die von den 15 Bundesländern beabsichtigte Begrenzung auf 20 Konzessionen im Sportwettenbereich würde dazu führen, dass die 20 großen europäischen Anbieter den Markt unter sich aufteilen. Auch den Sportvereinen im Land werde dadurch die Möglichkeit genommen, regionale Sponsoren zu gewinnen.

Der zentrale Fehler der 15 Bundesländer liege jedoch darin, dass der unregulierte Markt im Internet völlig ignoriert werde. „Das Internet kann man nicht abschalten. Nur, wer das Internet wahrnimmt und dort ein ordnungsrechtlich einwandfreies Angebot macht, der ist in der Lage, auch einen angemessenen Spielerschutz sicher zu stellen“, betonte Arp.

CDU und FDP stellten noch einmal klar, dass ihr Entwurf von der EU-Kommission ohne Beanstandung notifiziert wurde. Demgegenüber hatte die Kommission am ersten Entwurf der 15 starke Kritik geäußert. Den überarbeiteten Entwurf wollten sie bislang der EU-Kommission nicht zur erneuten Notifizierung vorlegen. In der heutigen Debatte wurde allerdings bekannt, dass das Bayerische Kabinett gestern seine Zustimmung von einer vorherigen Notifizierung abhängig gemacht hat. Es bleibt also spannend.



Hans-Jörn Arp, MdB

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de